

Dreitag,
26. Juni 1914.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Werktagen
zwei mal.
Der Bezugspreis beträgt
vierjährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 M.

Bernspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 294.
53. Jahrgang.

Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.,
Reklamenteil 30 Pf.
Stellengebühr 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tiergartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Announcebureaus.

Teleg.: Tageblatt Posen.

Rusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbetet; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beizustitzen ist.

Zum Ableben des Herzogs von Meiningen.

In dem Nachruf der „Nordd. Allg. Ztg.“ zum Tode des Herzogs Georg II. von Sachsen-Meiningen heißt es u. a.:

Mit warmer Teilnahme wird diese Kunde allenthalben in Deutschland, und namentlich in Preußen, dessen Herrscherhaus mit der herzoglich-meiningischen Familie in nahe verwandtschaftlichen Beziehungen steht, vernommen werden. Gehörte doch Herzog Georg zu den vollständigsten Fürstengestalten Deutschlands. Ihm war es vergönnt, an Ereignissen tätig mitzuwirken, die zur Einigung des deutschen Volkes führten. Der deutsch-französische Krieg rief ihn aus der Heimat zu den Kämpfen, in denen es um Deutschlands Schicksal ging. Nach Errichtung des Reiches hat sich Herzog Georg jederzeit als treuester Herrscher bewährt, dem die Entwicklung der nationalen Kräfte zu steigender Entwicklung am Herzen lag. Dem Meininger Lande galt seine unablässige föderative Fürsorge, die sichbare Erfolge gezeigt hat. In den Seiten des Friedens legte der Herzog einen seltenen Sinn für die Kunst an den Tag, die unter seiner Führung in Meiningen eine weitjährlinge Blütezeit besaß. So umfasste das Wirkeln des heimgangenen Herrschers ein weites Gebiet und sichert der langen Regierung Herzog Georgs II. ein bleibendes Andenken weit über die Grenzen des Herzogtums Meiningen hinaus.

Die englischen Gäste in Kiel.

Deutsch-englisches Sportfest.

Zu Ehren der Mannschaften des in Kiel weilenden englischen Geschwaders veranstaltete die Stadt Kiel am Donnerstag auf dem städtischen Sport- und Spielplatz ein

Sportfest,

an dem zu gleichen Teilen englische und deutsche Marinemannschaften, sowie eine Anzahl bürgerlicher Sportvereine um die Siegespalme rangen.

Zu Beginn des Festes hielt der

Oberbürgermeister Dr. Lindemann

an die inmitten einer viertausendköpfigen Menschenmenge aufgestellten Matrosen und Marineföldaten folgende Ansprache:

Den Mannschaften des stolzen englischen Geschwaders, das zu unserer aller Freude im deutschen Reichshafen zum Besuch weilte, namentlich dieser Stadt und ihrer Bürgerschaft herzlichen Willkommenstrahl zu entbieten, ist mit einer Ehre und hohe Freude. Wir möchten Ihnen zeigen, daß, wie unsere Flotte sich glücklich schägt, mit den Kameraden der englischen Marine engere Beziehungen anzuknüpfen, so auch die Bürgerschaft lebhafte Freude darüber empfindet, Söhne des verwandten großen englischen Volkes auf deutschem Boden begrüßen zu können. Möchten die wenigen Stunden, die wir mit Ihnen gemeinsam hier verleben dürfen, in denen Sie in fröhlichem, friedlichem Wettkampfe mit Mannschaften der deutschen Marine und unseren bürgerlichen Sportvereinen die Kräfte messen werden. Ihnen zeigen, daß unsere Freude von Herzen kommt und daß wir Ihnen Freude bereiten wollen. Möchten diese Stunden dazu beitragen, gleiche Empfindungen in Ihnen auszulösen, damit Sie in die Heimat zurückkehren, nicht bloß an die herzliche Kameradschaft der deutschen Marine, sondern auch an diese Stadt und ihre Bürgerschaft eine freundliche Erinnerung behalten. Dann wird auch dieser Tag ein neues Band zwischen den Söhnen Albions und Germaniens knüpfen, das eine glückliche Zukunft immer fester gestalten möge. Und wenn dies geschieht, werden wir alle in dankbaren Freude immer gern zurückkehren an die Stunden, in denen jetzt auf deutschem Boden in Gottes freier, herrlicher Natur Söhne beider Völker sich vereinigen im Huldigungstrauß an ihre Herrscher, indem sie miteinander rufen: Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen und Seine Majestät der König von Großbritannien und Irland, Hurra, Hurra, Hurra!

Als die brausenden Hurraufe verlungen waren, ordneten sich die Mannschaften zu den Wettkämpfen, die alle Arten sportlicher Vorführungen umfassen und von den Zuschauern mit reger Anteilnahme verfolgt wurden.

Nach Schluss der Wettkämpfe erfolgte in Anwesenheit der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen auf der großen Tribüne die Verteilung der aus zahlreichen wertvollen Erinnerungsgegenständen bestehenden Siegespreise.

Kaiserliche Abendtafel für die englischen Offiziere.

Der Kaiser gab auf der „Hohenzollern“ am Donnerstag eine Abendtafel zu Ehren der Offiziere des englischen Geschwaders.

Bei Tisch hatte der Kaiser zu seiner Rechten den großbritannischen Botschafter Sir Edward Goschen, Großadmiral d. Tropik, den großbritannischen Commodore William E. Goodenough, Admiral von Wohl, großbritannischen Marineattaché Kapitän zur See Wilfred Henderson, den Gesandten Grafen von Wedel, großbritannischen Commander Sir A. Stopford u. a., zu seiner Linken großbritannischer Viceadmiral Sir George F. Warrender, Generaloberst von Plessen, großbritannischer Kapitän zur See Michael Culme Seymour, Admiral von Ingensohl, großbritannischer Kapitän zur See Arthur M. Duff, Viceadmiral Scheer, großbritannischer Leutnant Commander Bernard Burzon, Kapitän z. S. Vegas, Korvettenkapitän von Müller, Marineattaché in London usw. Gegenüber Sr. Majestät saß Prinz Heinrich, Reichs von dem Prinzen folgten zwei großbritannische Kapitäne zur See Cecil F. Dampier, Admiral von Müller, großbritannischer Kapitän zur See Charles B. Miller, Oberhofmarschall Frhr. v. Neischach, großbritannischer Commander Gdm. A. Rushton, Gefandter von Eisenacher; links großbritannischer Kapitän zur See Sir Arthur F. Fenner-Hughan, Admiral von Coerper, großbritannischer Kapitän zur See George H. Baird, Viceadmiral Koch, großbritannischer Fleet-Promaster Graham Hewlett, Konteradmiral Funke und Wirk. Rat von Valentini.

Ein Gartenfest.

Der Kieler Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ahlmann hatte vorher am Donnerstag zu Ehren der Offiziere des englischen Geschwaders ein Gartenfest gegeben, an dem Oberpräsident vor Bülow und der Stationschef Admiral v. Coerper mit ihren Gemahlinnen, Admiral v. Wohl, die Spitzen der Behörden und viele Mitglieder des Marineoffizierkorps, sowie Damen und Herren der Kieler Gesellschaft teilnahmen. Von den englischen Gästen waren erschienen Viceadmiral Sir George Warrender, Commodore Goodenough, die Kommandanten und eine Reihe Offiziere der englischen Schiffe sowie der Marineattaché Kapitän Henderson. Das Fest nahm einen angeregten und schönen Verlauf.

Die Enkelinnen Bismarcks Gäste des Kaisers.

Die Enkelin des Reichskanzlers Fürst Bismarck, Gräfin Hannah Bismarck, und ihre jüngere Schwester sind vom Kaiser als seine Gäste zur Kieler Woche eingeladen worden und der Einladung gefolgt.

Auswärtige Fragen im Unterhause.

Im englischen Unterhause fragte der Unionist Walter Guiney, ob Staatssekretär Grey Griechenland und der Türkei die Ernennung einer internationalen Kommission nahe legen wolle, welche die Ansprüche der aus griechischem beziehungsweise türkischem Gebiet geflüchteten untersuchen, die Flüchtlinge wieder in ihre Besitztümer einsegen und ihre finanziellen Ansprüche regeln sollte.

Grey erwiderte, eine türkisch-griechische Kommission sei zu diesem Zweck vor kurzem von den beiden in Betracht kommenden Regierungen eingelegt worden. Wenn diese Regierungen den Beifall der Mächte wünschten, so zweifele er nicht, daß die Mächte sich bemühen würden, ihn zu leisten. Guiney fragte darauf, ob Grey mit Rücksicht auf die zwischen Griechenland und der Türkei bestehende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens den beiden Staaten die Annahme einer internationalen Vermittlung nahelegen wolle. Grey erwiderte, im allgemeinen sei es nicht gut, solche Vorschläge zu machen, wenn es nicht auf Wunsch aller Beteiligten gehe.

Sir Harmod Bannister stellte folgende Anfragen: Erstens, ob der britische Geschäftsträger in Rio de Janeiro sich darum bemüht, eine Regelung der Ansprüche britischer Untertanen durch die brasilianische Regierung zu erhalten. Zweitens, ob die Ansprüche der österreichischen und französischen Untertanen aus der neuen brasilianischen Anleihe befriedigt werden sollten, weil die deutsche und die französische Regierung Vorstellungen gemacht hätten, wonach keine weitere brasilianische Anleihe in Deutschland bzw. Frankreich zugelassen werden würde, bis die Ansprüche der deutschen und französischen Gläubiger befriedigt seien. Drittens, ob von der brasilianischen Regierung irgendwelche Garantien dafür gegeben worden seien, daß die Ansprüche der britischen Untertanen aus der neuen Anleihe befriedigt würden, auf die zu subskribieren das britische Publikum aufgefordert werde.

Grey erwiderte, daß der britische Geschäftsträger in Rio de Janeiro am 23. d. Ms. telegraphisch angewiesen worden sei, die ihm möglichen Schritte zu unternehmen, um die Befriedigung aller noch unerfüllten britischen Ansprüche herbeizuführen. Er bedauerte sagen zu müssen, daß kein Fortschritt erzielt worden sei. Er habe keine Kenntnis von den erwähnten Schritten der deutschen und der französischen Regierung, wolle jedoch Erfahrungen darüber einziehen. Was die dritte Frage angebe, so seien der britischen Regierung, die bei der brasilianischen Anleihe nicht beteiligt sei, folgende Garantien nicht gegeben worden. Auf eine Zusatzfrage erwiderte Grey: Ich werde mich erfunden, ob es der französischen und der deutschen Regierung gelungen ist, sich bessere Bedingungen zu sichern als wir haben, und wenn ja, auf welche Weise; aber ich muß für den Fall der Ausgabe der Anleihe in England darauf hinweisen, daß einige Länder des Kontinents eine weit jährlinge Kontrolle haben, als wir. Wir haben keine wirkliche Kontrolle darüber, ob die englischen Finanzleute eine Anleihe subskribieren wollen oder nicht.

Der Unionist Sir Mark Sykes fragte an, ob Grey mit Rücksicht auf die

Verantwortlichkeit, die England und die anderen Mächte mit der Schaffung Albaniens übernommen hätten, mit den Mächten in Unterhandlungen treten wolle, um den Massakern und Misshandlungen der Bevölkerung in Südalbanien ein Ende zu bereiten.

Grey erwiderte: Die Errichtung einer guten Regierung in Albanien ist bereits Gegenstand der Sorge der Mächte und ständigen Meinungsunterschieden unter ihnen, ich kann es jedoch nicht unternehmen, britische Truppen zu entsenden.

Aubrey Herbert fragte, ob Staatssekretär Grey, da England für die Schaffung Albaniens mit die Verantwortung trage und die Albaner im Süden niedergemacht oder mißhandelt würden, Konsuln oder andere geeignete Persönlichkeiten in die erwähnten Gebiete entsenden wolle, damit sie einen genauen Einblick in die dortigen Verhältnisse gewinnen könnten.

Grey erwiderte, obgleich die englische Regierung mit den Regierungen der anderen Großmächte für die Schaffung eines autonomen Albaniens verantwortlich sei, könne er dennoch die Verantwortung nicht dafür übernehmen, daß die Ordnung in Albanien aufrecht erhalten werde und er wünsche auch nicht, die Verantwortung dadurch zu übernehmen, daß er Maßregeln treffe, wie sie von dem Fragesteller in Anregung gebracht worden seien.

Französische Kriegsphantasien.

Bei der Verhandlung des Marinebudgets im französischen Senat am Donnerstag betonte Gaudin de Vilaine die Notwendigkeit, die strategische und taktische Aufklärung für die Schlachtflotte durch den Bau von Schlachtkreuzern zu sichern,

die ebenso für die Schlacht, wie für die Aufklärung geeignet seien, und denen einige Spezialschiffe beigegeben werden müßten.

Der Berichterstatter Emile Chautemps erinnerte daran, daß der Hauptpunkt für Frankreichs Marinepolitik sei,

um jeden Preis Frankreichs und seiner Verbündeten Herrschaft im Mittelmeer zu erhalten.

Einerseits bedürfe Frankreich des ungehörten Verkehrs mit Nordafrika und seinen weiter abgelegenen Besitzungen, andererseits

müsse Deutschland, wenn seine Küsten durch die russische und englische Flotte blockiert sein würden, daran verhindert werden, Rohstoffe und Lebensmittel über die italienischen und österreichischen Häfen zu beziehen.

Wenn Deutschland so vom Meere abgeschnitten sein würde, so würde es einen langen Krieg nicht aushalten können. Der Berichterstatter war die Frage auf, ob Frankreich eine Entscheidende Überlegenheit über die vereinigten Flotten Italiens und Österreichs besitze, und beantwortete sie dahin, daß zurzeit die materiellen Kräfte auf beiden Seiten gleich seien, daß aber Frankreich eine zur Erringung des Sieges genügende Überlegenheit durch die Einheit des Kommandos und die einheitliche Friedensausbildung besitzt. Um jedoch diese bloße Gleichheit der materiellen Kräfte aufrecht zu erhalten, braucht Frankreich vier neue Über-Dreadnoughts. Man müsse eben die für das Gefecht brauchbare Flotte von 28 auf 33 gepanzerte Schiffe bringen, nämlich 4 Geschwader zu 8 Schiffen und ein gepanzertes Flottenflaggschiff, die 4 vorübergehenden Neubauten müßten Schlachtkreuzer sein. Bei einem Überblick über die Marinebudgets der Rivalen Frankreichs im Mittelmeer zeigte Chautemps, daß diese ebenso, wie das französische, sich in sechs Jahren verdoppelt hätten.

Die Abdankung König Peters bevorstehend.

Trotz des offiziellen Dementis, welches der Meldung von der Abdankung des Königs Peter von Serbien entgegengesetzt worden ist, hält man in den Berliner diplomatischen Kreisen, wie unser Berliner Vertreter meldet, doch die Abdankung des Königs für bevorstehend. Die jetzige Regentschaft des Kronprinzen sei tatsächlich nur der Vorläufer für die Abdankung König Peters.

Die serbische Presse und die Regentschaft des Kronprinzen.

Die Übertragung der Königsgefalt an den Kronprinzen wird in der serbischen Bevölkerung und in der Presse lebhaft erörtert. Es wird darauf hingewiesen, daß nach dem Vorlaufen der Proklamation eine längere Vertretung des Königs durch den Kronprinzen nicht ausgeschlossen erscheine. Einzelne Blätter vertreten die Ansicht, daß dies sogar wahrscheinlich wäre, da das Leiden des Königs längere Pflege erfordere. Den Gerüchten von einer dauernden Ausübung der Königsgefalt durch den Kronprinzen wird dagegen von zuständiger Seite kategorisch entgegengestellt.

Griechenland und die Türkei.

Den offiziösen griechischen Zeitungen zufolge wird die griechische Antwort auf die türkische Note wahrscheinlich am Freitag an den griechischen Gesandten in Konstantinopel Panas geschickt werden.

Sie ist in freudhafterem Tone gehalten, so wie es bei der türkischen Note der Fall war. In der Antwort wird die Befriedigung der griechischen Regierung über die von der ottomanischen Regierung nach den jüngsten Verfolgungen ergriffenen Maßregeln zum Ausdruck gebracht, doch besteht die Note darauf, daß die Informationen, die die türkische Regierung über die Lage der Muselmanen in Mazedonien erhalten hat, unrichtig sind. Die griechische Regierung hat mit allen Mitteln die Auswanderung dieser Muselmanen zu verhindern oder wenigstens einzuschränken gesucht, ohne dabei an Gewaltmaßregeln zu denken. Die Regierung erklärt, mit dem Austausch zwischen den Flüchtlingen einverstanden zu sein unter der Bedingung, daß den Muselmanern freie Wahl gelassen wird.

Die Note drückt zum Schluss die Hoffnung aus, daß die kaiserliche Regierung ihre Versprechungen halten wird, so daß nichts in Zukunft die Beziehungen zwischen den beiden Ländern trüben kann.

Bundestag Deutscher Militär-anwärter.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.)

Nachdruck untersagt.)

Hg. Kottbus, 25. Juni.

Der Bund Deutscher Militär-anwärter, der über 760 Vereine mit über 80 000 Mitgliedern umfaßt, ist am heutigen Donnerstag in Kottbus zu seinem diesjährigen Bundestag zusammengetreten, dessen Hauptaufgabe es ist, die Wünsche und Forderungen der Militär-anwärter nach einer schnelleren und besseren Versorgung in voller Öffentlichkeit zu erörtern. Die Anstellungsvoraussetzungen der Militär-anwärter beschäftigen seit geraumer Zeit die Parlamente, die die Presse und öffentliche Versammlungen und sind besonders aktuell geworden durch

die Vermehrung der Unteroffizierstellen

gelegentlich der letzten großen Heeresvorlagen. Zu diesem Hauptpunkt der Tagesordnung hat der Bündesvorstand dem Bundestag eine Denkschrift unterbreitet, in der betont wird, daß die deutschen Militär-anwärter nach wie vor ernstlich bestrebt seien, allen ihren Pflichten nachzukommen

und in ihren jungen Jahren als Unteroffiziere mitzuwirken zur Stärkung der Wehrmacht und zum Wohle des Vaterlandes. Sie seien auch bemüht, im Beamten Dienst pflichttreue Diener des Landesherrn und ihrer Behörden, des Reiches und Staates zu sein. Sie beansprucht nichts weiter, als ihnen das Ansehen und die Stellung zu geben, die ihnen als ehemalige Unteroffiziere kommen. Aber sie müßten auch verlangen, daß man den **Bund Deutscher Militäranwärter** als **Standesvertretung** der Militäranwärter ansehen und ihm das gleiche Vertrauen schenken müßte wie anderen Organisationen. Der **Bund** wolle eine Stütze sein für den Unteroffizier- und Kapitulantensatz für Heer und Marine und seine Wünsche könnten gewiß nicht als übertrieben bezeichnet werden. In Konsequenz der eingetretenen Vermehrung der Unteroffizierstellen wünscht der **Bund** daher eine Erweiterung des Kreises der Stellen, die jetzt den Militäranwärtern vorbehalten sind.

Die Denkschrift des Bundesvorstandes kommt nach eingehender Darlegung aller Verhältnisse zu folgenden programmatischen Wünschen der deutschen Militäranwärter: zur Hebung des Standesbewußtseins der Unteroffiziere wird gebeten um eine Steigerung der Anforderungen an die schulwissenschaftliche Ausbildung der Kapitulanten, um die Ermöglichung der Förderung von Unteroffizieren zum Landwirtschaftsberuf in größerem Umfang als bisher und um Heraushebung der Stellung des Feldwebels. Ferner wird für die Unteroffiziere bzw. Militäranwärter folgende Wunschliste aufgemaht:

Mit der Aushändigung des Zivilversorgungsscheins sollte ein Zeugnis erteilt werden, aus dem die Fähigung für die verschiedenen Beamtenstellungen erdrücklich ist;

denjenigen Personen, die nach 8jähriger Dienstzeit in den Unterbeamtdienst überzutreten beabsichtigen, ist ein Zivilversorgungs- oder Anstellungsschein für diesen Dienst unter Ausschluß einer entsprechenden Geldentschädigung zu gewähren;

Gewährung der zuerkannten Militärpension auf Lebenszeit und in allen Lebenslagen sowie Verbesserung der Lage der Altnivaliden;

vermehlte Vorbehaltung der vorhandenen mittleren Beamtenstellen in solcher Zahl, daß es den 12 Jahre gedienten Unteroffizieren möglich ist, im Laufe des 13. Dienstjahres in den Bildwesen einzutreten;

Erhebung der Anstellungsgrundlage zu einem Reichsgesetz und Gewährung eines Rechtsanspruchs auf eine Beamtenstelle an die Inhaber des Zivilversorgungsscheins;

Anstellung nach beendigter Probezeit auf Lebenszeit und Gewährung des Rechtsanspruchs auf Pension und Hinterbliebenenversorgung bei eintretender Dienstunfähigkeit nach vollendetem 10jährigen Dienstjahr;

schärfere Kontrolle der Durchführung der Anstellungsgrundlage seitens der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden namentlich in den außerpersischen Bundesstaaten;

Errichtung eines besonderen Amtes für die Überwachung der Anstellungsgrundlage der Militäranwärter beim Reichsamts-Innern;

Öffnung der mittleren Beamtenstellen bei den Zentralbehörden der Militäranwärter; Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter und Befestigung der durch die bestehenden Anrechnungsvorschriften entstandenen Härten;

Gewährung von Aufstiegsmöglichkeiten in bessere Stellen für alle dazu befähigten Beamten;

grundständische Abschaffung der Arreststrafen für alle Unterbeamten und Gewährung eines angemessenen Gehalts und ausreichenden Wohnungsgeldes für die aus dem Militäranwärterstand hervorgegangenen Unterbeamten.

Der reichsgehmückte Verhandlungssaal trägt in großen Lettern die Inschrift: In Treue fest zu Kaiser und Reich zu Fürst und Vaterland.

Der Bundesvorsitzende

Rechnungsrat Bertsch-Großlichterselde eröffnet die Verhandlungen mit einem dreifachen Hurra auf den Kaiser. Unter begeisterter Zustimmung wurden Huldigungstelegramme an den Kaiser und verschiedene Bundesfürsten, sowie Begrüßungstelegramme an den Reichskanzler und an den Kriegsminister abgesandt. Dem Kriegsminister von Falkenhahn wurde ganz besonderer Dank ausgesprochen für sein warmes Eintreten für die Militäranwärterinteressen im Reichstag. Freudig aufgenommen wurde die Mitteilung, daß im Laufe der Verhandlungen ein Major aus dem Kriegsministerium in Rottbus ein treffen wird. Es sei das erste Mal, doch sich das Kriegsministerium auf dem Bundesstage vertreten läßt. Rechnungsrat Bertsch betonte sodann, daß das letzte Jahr manche Vünne der Militäranwärter erfüllt hätte. Über die Gleiche Berechtigung der Militäranwärter mit den Zivilärzten sei immer noch nicht erreicht, obwohl sie doch beide gleiche Dienste im Staate bekleideten und nur auf verschiedener Grundlage großgeworden seien. Die Militäranwärter könnten es sich aber in Zukunft nicht mehr gefallen lassen, als minderwertig angesehen zu werden. (Lebh. Beifall.) Die Tätigkeit des Unteroffiziers müsse mehr anerkannt werden, denn der Unteroffizier habe einen großen Kreis von Pflichten. Sehr bedauerlich sei, daß die Besoldungsnovelle im Reichstag gefallen sei. Anerkannt werden müsse, daß die Heeresverwaltung und die Marineverwaltung nach besten Kräften sich für die aktiven Unteroffiziere und für die Militäranwärter verwendet hätten. Dank gebühre auch dem Abgeordnetenhaus und dem Finanzminister Dr. Lenz dafür, daß wenigstens in Preußen die Besoldungsnovelle durchgebracht worden sei, und daß dadurch die Belege einer großen Zahl von Militäranwärtern aufgebessert seien. Zu bedauern sei die Behandlung, die eine Petition des Bundes der Militäranwärter um gesetzliche Regelung der Anrechnung der Dienstzeit im Kommunaldienst durch den Berichterstatter, den Abg. Meyer-Wulffen, erfahren habe.

Der Berichterstatter hatte so getan, als ob der Bundesvorstand immer hinter den Petitionen stände und sie veranlaßte. Das sei aber durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil: der Bundesvorstand mache fortgesetzt, sich zu mäzzigen. Gern erkenne er an, daß einige Abgeordnete einen Antrag auf gesetzliche Regelung der Anrechnung der Militärdienstzeit im Kommunaldienst im Abgeordnetenhaus eingebracht hätten. Der Redner wandte sich schließlich gegen die zunehmende Frauenarbeit und bedauerte dann als eine symptomatische Erscheinung die von gewisser Seite genährte zunehmende Abneigung gegen alles, was Militär heißt, woraus sich auch in manchen Fällen die Ablehnung berechtigt. Bünsche der Militäranwärter erkläre. Dabei müßten sich doch alle Vaterlandsfreunde eingestehen, daß in der hohen Wertchätzung unseres Heeres und unserer Marine im Interesse des Vaterlandes. (Lebh. Beifall.)

Der Bundestag nahm sodann noch einen Bericht über die Tätigkeit des Bundes im letzten Jahr entgegen, worauf die Vertreter der einzelnen Vereine Bericht erstatteten über die Lage in ihren Bezirken. Der Vertreter von Westpreußen Bähnke, wünschte eine Unterstützung des Deutschen Befreiungsvereins durch den Bund, weil gerade die Tätigkeit des Befreiungsvereins durchaus im Interesse der Militäranwärter liege. Dem Vorstand wurde für seine Tätigkeit einhellig der wärmste Dank des Bundes ausgesprochen.

40. Deutscher Arztetag.

Eigener Bericht des Posener Tageblattes)

Unter. Nachdruck untersagt.) Hg. München 25. Juni.

Der Deutsche Arztekongressbund, der über 28000 Mitglieder in allen Teilen des Reiches zählt, hat am heutigen Donnerstag in München die Arbeiten seiner diesjährigen Tagung begonnen. Dem eigentlichen 40. Deutschen Arztetag, der am morgigen Freitag im großen Saale des Rathauses eröffnet wird, ging heute wie üblich eine Tagung des Leipziger Verbandes voraus, der wirtschaftlichen Abteilung des Deutschen Arztekongressbundes.

Den Vorsitz führte der Führer des Leipziger Verbandes, Sanitätsrat Hartmann in Leipzig. Den Verhandlungen wohnte u. a. auch der bekannte Gynäkologe Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern in seiner Eigenschaft als gewerkschaftlich organisiertes Mitglied des Leipziger Verbandes bei. Der Prinz brachte, als der Vorsitzende Hartmann die Zwecke und Ziel dieser rein wirtschaftlichen Organisation der Ärzte darlegte, auch wiederholten Beifall seine Übereinstimmung mit diesen Ausführungen zum Ausdruck. Sanitätsrat Hartmann gab zunächst einen Rückblick über die Spannung und Entspannung des Streites zwischen Ärzten und Krankenfassen im letzten Jahr und berichtete dann über die Einzelheiten des bekannten Berliner Abkommens. Eine Reihe von Reden aus der Mitte der Versammlung gab ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß das Abkommen nicht mehr für die Ärzte gebracht habe. Sie waren der Meinung, daß man durch einen Kampf ihr erreicht hätte. Von anderer Seite wurde demgegenüber mit Entschiedenheit betont, daß der Leipziger Verband zwar eine Kampforganißation sei, aber doch nur insofern, als er es immer nur im äußersten Falle zum echten Kampf kommen lassen würde. Im übrigen müsse der ärztliche Stand wie jeder andere Stand möglichst nach Friedlichen Verhältnissen trachten und werde auch in Zukunft den Frieden nehmen wo er ihn bekomme. Je näher man sich die Einzelheiten des Berliner Abkommens ansiehe, desto mehr werde man erkennen, welchen großen Wert dieses Abkommen für den Arzteinstand habe und welche Vorteile es ihm bringe. Es solle nicht bestritten werden, daß mit diesem Abkommen eine gewisse Umwandlung und andere Siedlung der ärztlichen Organisation verbunden sei. Eine bessere oder schlechtere Durchführung des Abkommens hänge ab von dem mehr oder weniger großen Verständnis, daß die Vorsitzenden der Oberärztekongressämter den Ärzten entgegenbrächten. Wo entsprechende Klarheit und Unparteilichkeit bei diesen Stellen vorhanden sei, hätten sich die Verhältnisse auch gut entwickelt. Im übrigen herrsche allgemein große Genugtuung darüber, daß ein Zustand geschaffen worden sei, der es den Ärzten ermögliche, ihre Tätigkeit nunmehr in größerer Freiheit auszuüben und die Mittel der Organisation, statt zu Kampzwecken zu Fürsorgezwecken zu verwenden. Weiter wurde ein eingehender Bericht des Bureau erstattet über die Stellenvermittlung von Assistenten und Ärzten.

Ausführlich beschäftigte sich die Versammlung mit der ärztlichen Niederlassungsfrage. Von Vertretern aus dem preußischen Osten wurde betont, daß dort genügend Gelegenheit zur Niederlassung von Ärzten vorhanden sei. Andererseits wurde aber auch erwähnt, daß es mit der

Ostmarkenzusage eine eigenümliche Sache sei. Vor allem wurde hervorgehoben, daß die Annahme der Ostmarkenzusage etwas Unkollegiales an sich habe, denn die Zulage würde nicht aus ethischen sondern aus politischen Gründen gewährt. Ferner wurde in diesem Zusammenhang ausgeführt, daß die Ostmarkenzusage doch etwas sehr pünktliches für den Arzt an sich habe. (??) Für rund 1200 bis 1300 Mark müsse der Arzt viele Bittgänge machen und das Wohlwollen so um so vieler Leute zu erwerben suchen. Ferner müsse er sich auf Jahre binden und, wenn er den Ort vorher verläßt, den ausgezahlten Betrag mit Zinsen zurückzahlen. So groß aber sei der Betrag doch wirklich nicht, als daß ein Arzt dieses Risiko eingehen könnte. Einmal wisse er nicht, ob es ihm an dem Ort gefallen werde und ob er an dem Ort überhaupt festen Fuß fassen könnte. Dann aber sei die Sache auch nicht so, als ob, wenn nun ein deutscher Arzt nach einem Ort des Ostens komme, ihm nun auch gleich alle deutschen Kreise in Anspruch nähmen. Es müsse zunächst einmal dafür gesorgt werden, daß die deutschen Kreise des Ostens darauf hingewiesen werden, den deutschen Arzt nicht im Stiche zu lassen.

Am Nachmittag beschäftigte sich der Kongress dann mit der Frage der

Mittelstandskassen,

die die ärztlichen Kreise schon seit langem beschäftigen. Nach Schluß der Versammlung fand eine gemeinsame

Vorführung der Münchener freiwilligen Rettungs-mannschaften

und Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz statt. Der Übung lag der folgende Plan zu Grunde: Es ist ein Massenunglück auf dem Königsplatz (Glyptothek) angenommen worden, bei dem bereits mehrere Menschen zu Schaden gekommen sind. Durch das Telefon sind die beiden für das Rettungs- und Sanitätswesen in München in Betracht kommenden Korporationen, die Freiwilligen Rettungskolonnen und die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu Hilfe gerufen worden, die sofort daraufhin mit ihrem Wagenpark, mit ihren Ärzten und mit den Mannschaften von ihrer Station aus nach dem Ort der Katastrophe geeilt sind. Die Verletzten wurden aus dem Gebäude heraus auf 2 Verbandsplätze gebracht. Dort wurden sie unter der Leitung von Ärzten mit Notverbinden versehen und dann in ein angenommenes Krankenhaus transportiert. Den Vorführungen wohnten neben den Teilnehmern des Arztetages zahlreiche Vertreter von Behörden und Korporationen als Ehrengäste bei, die die Einrichtungen der beiden Kolonnen mit lebhaftem Interesse beobachtet haben.

Am Abend findet ein Empfang des Arztetages im Hofbräuhaus statt, an dem sich auch Dr. med. B. Barth, das bisherige Mitglied der Münchener Opernoper beteiligt, das sich neuerdings wieder seiner ärztlichen Tätigkeit zugewendet hat.

Am Nachmittag beschäftigte sich der Kongress dann mit der

Frage der

ordnete, mag er einer Partei angehören, welcher er will, "Verpflichtungen" eingegangen... Es könnte also nichts dagegen eingewandt werden, wenn in der sozialdemokratischen Stichwortparole gesagt war, den Sozialdemokraten gegenübert stehende Einzelheiten die Erklärungen, die Herr Wachhorst de Wente abgegeben hat, und man kann es auch verstehen, wenn sie die Wendung gebrauchen, er wäre ihnen gegenüber "Verpflichtungen" eingegangen. Sofern darunter aber besondere Verpflichtungen gegenüber der Sozialdemokratie gemeint sein sollten, ist es absolut unrichtig.

Herr Beims wird sich dazu wohl äußern müssen. Die "Germania" bemerkt, auf jeden Fall würde es für Herrn Wachhorst de Wente charakteristisch sein, wenn sein politisches Programm auch ohne besondere Verpflichtungen den "Genossen" vollauf genügt!

** Stürmische Stadtverordnetenversammlung. In einer äußerst stürmischen Sitzung, in der die sozialdemokratische Fraktion in schärfster Weise gegen den Magistrat und die bürgerlichen Parteien vorging, beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Neubrandenburg am Donnerstag die von dem Potsdamer Bezirksschulrat für zulässig erklärt Eintragung des Magistrats als Steuerzahler in die Gemeindewählerliste mit 39 gegen 29 Stimmen. Die Sozialdemokraten werden bei nächster Gelegenheit gegen die Gültigkeit des Wählertitels Einspruch erheben und die Angelegenheit dadurch vor das Oberverwaltungsgericht bringen.

** Noch nicht ruppig genug. Gelegentlich einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung im Charlottenburger Volks-Hause, in der der Reichstagsabgeordnete Ledebour einen Vortrag über "Sozialdemokratie und Monarchie" hielt, befürwortete der Genosse Käzenstein eine erhebliche Erweiterung der sozialdemokratischen Demonstration beim Ausdringen des Kaiserhochs im Parlament. (!) Herr Käzenstein erklärte, daß die sozialdemokratische Partei sicher nicht nur mit der jetzigen Haltung der Fraktion einverstanden sei, sondern daß sie es sogar billigen würde, wenn sich in Zukunft die Abgeordneten nicht nur das Sitzenbleiben beschränken, sondern noch obendrein eine Gegen-Demonstration veranstalten. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Heer und Marine.

** Keine neuen Kriegsschulen. In letzter Zeit sind durch die Presse Mitteilungen gegangen, die besagten, daß einige Orte — genannt wurden Altenburg und St. Arnold — Kriegsschulen erhalten sollten. Dies trifft nicht zu, die Heeresverwaltung hat vielmehr nur folgendes veranlaßt:

Um bei einer weiteren Steigerung des Bedarfes der Offizierslaufbahn behelfsweise, d. h. bei eintretendem Bedarf, schnell vorübergehend Kriegsschulkurse einzurichten zu können, haben die Intendanturen aller Armeekorps Anweisung erhalten, sich auf Grund von vorhandener oder geeigneter, also leerstehender Räumlichkeiten über diejenigen Ortschaften klar zu machen, die hierfür in Frage kommen.

In Ausführung dieser Anweisung haben entsprechende Erhebungen an zahlreichen Orten stattgefunden, so auch in Altenburg und Sankt Arnold. Die Errichtung neuer ständiger Kriegsschulen wird dagegen nicht erwogen.

** 200 Dreadnoughts! Vor nunmehr acht Jahren lief in England der erste Dreadnought vom Stapel. Er brachte eine völlige Umwälzung in der Technik des Kriegsschiffbaues herbei. Alle Marinens fahnen sich genötigt, dem Beispiel Englands zu folgen und von nun an nur noch Großkampfschiffe zu bauen. 1911 schwammen schon 33, 1912 50 fertige Dreadnoughts und im Jahre 1913 68. In diesem Jahr verfügt die Welt über 87 fertige Dreadnoughts, 25 befinden sich in der Ausrüstung, 30 auf Stapel. 10 sind bewilligt und 48 in den Flottenplänen noch vorgesehen, so daß wir im Jahre 1915 mit 112, 1916 mit 142, 1917 mit 162 und 1918 mit 200 Dreadnoughts zu rechnen haben. Diese Schiffsmenge wird einen Wert von zehn Milliarden Mark darstellen. Eine Besatzung von 190.000 Mann ist für diese 200 Dreadnoughts nötig; ihre Indiensthaltung wird etwa 200 Millionen Mark verhängen, wovon allein auf Feuerungsmaterial 110 Millionen Mark kommen.

Luftschiffahrt und Flugwesen.

** Ein deutscher Marineslieger ins Meer gestürzt. Wie aus Kiel gemeldet wird, stürzte Donnerstag nachmittag kurz nach 3 Uhr gleich nach dem Aufstieg der Kapitänleutnant Walter Schroeter infolge Übersteuern seines Wasserflugzeuges aus 40 Meter Höhe ins Meer. Schroeter wurde zwar sofort von einer Pinasse gerettet, jedoch den schweren inneren Verletzungen um 5 Uhr im Friedrichsorter Krankenhaus erlegen.

** Neue Erfolge deutscher Flieger in Wien. Bei der Internationalen Flugveranstaltung in Aspern wurde im Dauerflug Stiplochek erster, Hirth zweiter und Sparmann dritter. Im Höhenflug wurde Hirth mit zwei Fluggästen erster.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, 26. Juni.

Feuerwehrkursus.

Unter der Leitung des Provinzial-Feuerlösch-Direktors Birowski aus Posen fand am 24. und 25. d. Ms. in Bentschen ein Feuerwehr-Kursus statt, zu dem Teilnehmer aus der näheren und weiteren Umgebung, z. B. aus Grätz, Moschin, Samotchin usw. zahlreich erschienen waren. Außerdem nahmen teil die Führer der freiwilligen Feuerwehr Bentschen und die der Fabrikfeuerwehr der Norddeutschen Kartoffelmehl-Fabrik in Bentschen.

Bürgermeister Buh eröffnete den Kursus, indem er die Teilnehmer namens der Stadt willkommen hieb. Er wies hin auf den Stand der freiwilligen Feuerwehr und der Feuerlöschseinrichtungen der Stadt Bentschen und schloß seine Ausführungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, den Protektor des Feuerlöschwesens. Darauf nahm der Provinzial-Feuerlöschdirektor das Wort und behandelte in längeren Vorträgen die Organisation des Feuerlöschwesens, die Konstruktion der Feuerlöschwagen, die Rechte und Pflichten der freiwilligen und Pflichtfeuerwehren usw. An die Vorträge schlossen sich Übungen mit den Feuerlöschgeräten der Stadt an. Den Schluss des Kursus bildete eine Alarmübung, bei der die Kursisten Führerdiene stellten. Ein gemütliches Beisammensein fand im Garten des Schützenhauses am Abend des letzten Tages statt, um noch zur Pflege der Kameradschaft zwischen den Bentschenen Wehr und den auswärtigen Vertretern. Der Kursus kann in jeder Beziehung als gelungen angesehen werden. Die Teilnehmer werden hinreichend Gelegenheit haben, das Gelände zum Nutzen ihrer Gemeinden in die Praxis umzusetzen.

X Herr Lanbrat Dr. Aley in Meseritz teilt uns mit, daß unsere gestrige, von sonst zuverlässiger Seite stammende Notiz er sei zum 1. Juli d. J. unter Ernennung zum Oberregierungsrat nach Oppeln versetzt worden, nicht zutreffe. Die Nachricht war übrigens auch von der "Meseritzer Kreiszeitung" gebracht worden.

X Ordensverleihungen. Dem ersten Lehrer Benz in Maibaum, Landkreis Elbing, ist der Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern, dem Gutsbesitzer Kießig in Satowitz, Kreis Pleschen, dem bisherigen Eisenbahngutbodenarbeiter Banański in Posen, und dem bisherigen Bahnhofunterhaltungsarbeiter Kazimierzak in Posen das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Deutsches Reich.

** Kronprinz Rupprecht von Bayern hat der Bugra in Leipzig einen Besuch abgestattet. Der Kronprinz hat seine volle Befriedigung über die Ausstellung ausgesprochen und einen zweiten Besuch in Aussicht gestellt.

** 60. Geburtstag. Der Reichstagsabgeordnete Bassermann vollendete am 26. Juli sein 60. Lebensjahr. Nach jungliberalen Blättern sind für diesen Tag besondere Ehrungen des Parteiführers in Aussicht genommen.

** Keine Unterschrift, aber sachliche Übereinstimmung? Zu der von dem Sozialdemokraten Beims in Österburg-Stendal behaupteten Verpflichtung des Abg. Wachhorst de Wente den Sozialdemokraten gegenüber bemerkte die "National-Korr.":

X Erledigte Oberförsterstelle. Die Oberförsterstelle Muronow (Sitz Friedrichthal) im Regierungsbezirk Oppeln ist zum 1. Oktober 1914 zu besetzen; Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli eingehen.

Σ Die Ostpreußische Landesgesellschaft hat das im Kreise Sensburg gelegene Gut Schellongwilen, 189,9540 Hektar, zu Zwecken der inneren Kolonisation erworben.

Χ Unter dem Verdacht des Kindermordes ist gestern eine in der Bogdankastraße wohnende jugendliche Verkäuferin verhaftet worden. Sie soll das 8 Tage alte Kind im Bett erstickt haben. Wie weit dieser Verdacht zutrifft, dürfte die weitere Untersuchung ergeben.

Δ Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh unverändert — 0,08 Meter.

b. Dopiewo. 25. Juni. Gestern nachmittag schauten die Pferde des hiesigen Distriktskommissars und ließen in die Dorfstraße, auf der Pfasterarbeiten vorgenommen werden. Die Pferde rannten gegen eine auf dem Wege stehende Powry. Hierbei verletzte sich das eine Pferd derartig, daß es vermutlich eingeschlagen wird. Das andere Pferd trug einen schweren Beinschaden davon.

Beschwörung in der Ostmark.

F. Schönlanke. 25. Juni. Der Eigentümer Bäder in Stöwen abbau hat seine 60 Morgen große Landwirtschaft an den Bahnbeamten a. D. Spitzer aus Stöwen für 21.500 Mark verkauft.

f. Wittowo. 24. Juni. Der Fleischermeister Koesler in Brückendorf hat sein Haus mit einigen Morgen Land an den Rentier Pietruszewski in Anstazewo für 9500 Mk. verkauft.

K. Strelno. 24. Juni. Mühlensitzer Wilhelm Wirth in Lompe hat sein Mühlengrundstück mit 27 Morgen Land an den Landschaft Peter Paluch in Rzadkwin für 21.100 M. verkauft.

K. Briesen i. Westpr. 24. Juni. Molkereipächter Münzenapf in Schönbrod hat die hiesige Polnische Molkerei erworben.

dt. Lissa i. P. 25. Juni. Wie schon kurz berichtet, hat sich die Verhaftung des Arbeiters Ignaz Jerzyk in Trzcinica, der verdächtig war, seine Frau ermordet zu haben, nicht aufrecht erhalten lassen. Jerzyk konnte sein Alibi so gut wie völlig nachweisen. Er hatte am 21. d. Ms. in Trzcinica an einem Sommervergnügen teilgenommen und ist dort bis um 3 Uhr nachts geblieben, während die Tat selbst schon gegen 1 Uhr verübt worden ist. Um diese Zeit will auch eine Frau einen Schrei gehört haben. Inzwischen ist eine neue Verhaftung erfolgt. Auf Grund der Ermittlungen an Ort und Stelle wurde gestern der Vogt und Arbeiter Michalski aus Trzcinica in Haft genommen, von dem man annimmt, daß er der Vater des vor vier Wochen geborenen, unehelichen Kindes der Ermordeten ist. Sehr belastend ist für Michalski, daß man bei ihm ein blutbeflecktes Tuch fand. Michalski bestreitet, die Tat begangen zu haben. Er ist heute früh in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Die Gerichtskommission stellte fest, daß die Leiche erhebliche Schnittwunden an den Händen und Krahwunden im Gesicht hatte, und daß der Hals bis an die Wirbel durchgeschnitten war. Ancheinend sind hierbei mehrere Schnitte ausgeführt worden. In der rechten Hand fanden sich einige Haare, die die Frau wahrscheinlich dem Mörder ausgerissen hat. Bei der Leiche wurde ein stumpfes, altes Taschenmesser gefunden. Der Roggen war im Umkreise von sechs Metern vollständig niedergegetreten, was auf einen heftigen Kampf schließen läßt.

T. Gnesen. 25. Juni. Der Streik der Bauarbeiter hat hier bedenkliche Formen angenommen. Gestern wurde von Streitenden ein Wagen des Bauunternehmers Menz überfallen. Die Täter wurden durch die Polizei festgestellt. Die Arbeiten bei den öffentlichen Gebäuden sind eingestellt worden. Geheimrat Dr. Wachow aus Bromberg weilt heute hier zur Abnahme der zweiten Lehrprüfung. Lehrer Fremmke von der katholischen Knabenschule bestand das Examen.

Σ Schwarzenau. 25. Juni. Feuer brach heute früh 7 Uhr auf dem neben der Stadt gelegenen Gute Czerniewo aus. Niedergebrannt ist bis auf die Ummauern eine große massive Scheune. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden; wahrscheinlich liegt fahrlässige Brandstiftung vor.

F. Schönlanke. 25. Juni. Durch Blitzschlag getötet wurde in Pusig die 16jährige Eigentümerin Hinda und in Groß-Wittenberg die 20jährige Tochter des Gutsbesitzers Utecht.

?? Bromberg. 25. Juni. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung teilte Oberbürgermeister Mihlaß mit, daß der Magistrat alljährlich einen Bericht über das abgelaufene Jahr in der Stadtverordnetenversammlung erstatten und ferner alle fünf Jahre einen ausführlichen Verwaltungsbereich im Druck erscheinen lassen werde. Sodann wurde die Vergroßerung des Grundstücks der Oberrealsschule in der Weise beschlossen, daß eine östlich belegene Parzelle von etwa 1000 Quadratmetern Größe dem Grundstück angegliedert wird. Für die Überrealschule wurden ferner 2500 M. zur inneren Einrichtung und Ausstattung des erweiterten chemischen Laboratoriums bewilligt. Zur Festigung der Wege in der Nähe des Bahnhofsrastaurants Rintau wurden 500 M. bereitgestellt. Zur Ausführung baulicher Veränderungen und Instandsetzungen auf dem Schülengelände übernommen hat, um der etwaigen Gefahr eines Übergangs in politische Hand vorzubürgern, die Verjähmung 4500 M. Zerner genehmigte die Verammlung eines neuen Lohntarif für die städtischen Arbeiter. Der neue Tarif bringt Lohnaufbesserungen von 10—25 Prozent und verursacht eine Mehrbelastung des städtischen Etats von 24.300 M., die man durch die zu erwartende Mehreinnahme an Steuern zu decken hofft. Der Oberbürgermeister bemerkte hierzu, daß in letzter Zeit durch verschiedene von auswärtiger Seite unternommene Versuche zu einer Organisation der städtischen Arbeiter eine gewisse Beunruhigung in die letztere getragen worden sei. Die einstimmige Genehmigung des neuen Lohntarifes werde die Arbeiter hoffentlich davon überzeugen, daß vom Magistrat und den Stadtverordneten in durchaus liberaler und wohlwollender Weise für sie geforgt werde, so daß sie nicht nötig haben, auswärts eine Vertretung ihrer Interessen zu suchen. Endlich wurden noch 8000 M. zur Veranstaltung eines Ideenwettbewerbs für die beste Bewertung der von der Stadt zur Verbreiterung der Brückenstraße erworbenen Grundstücke bewilligt. — In geheimer Sitzung wurden dann noch 4000 M. für ein Geheimschiff an die in Bromberg neu erbaute Kriegsschule und 3000 M. für ein Abschiedsgeschenk an das zum 1. Oktober nach Elbing überstießende Infanterieregiment Nr. 148 bewilligt. Ebenso wurde in der geheimen Sitzung die Abgabe von Gas- und elektrischem Strom an die Vorortgemeinden Schwedenhöhe und Bleichfeld zu den festgesetzten Bedingungen genehmigt.

Polnische Nachrichten.

Posen. 26. Juni.

† Der Verbandstag polnischer Gewerbevereine begann in Posen am Sonntag seine diesjährigen Beratungen. Erschienen waren 153 Delegierte der einzelnen dem Verbande angehörenden Vereine. Eingeleitet wurde der Verbandstag mit einem Feiertagsdienst in der Pfarrkirche. Die Verhandlungen eröffnete der Verbandsvorsitzende Filipowicz, worauf zum Verhandlungsleiter für den ersten Beratungstag Abg. Nowicki gewählt wurde. Dem erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß dem Verbande 163 Vereine mit 10.907 Mitgliedern angehören. Die Einnahme sämtlicher Verbandsvereine betrug im abgelaufenen Jahre 83.797,12 M., die Ausgabe 65.823,98 M. Das Gesamtvermögen

der einzelnen Vereine beziffert sich auf 180.496,02 M. Die Bibliotheken zählen 30.056 Bände. Die Verbandsklasse hat eine Einnahme von 15.015,55 M. und eine Ausgabe von 13.975,30 M. aufzuweisen. Der auf neue Rechnung vorauftragende Überschuss beträgt demgemäß 1.040,25 M.

— r. Das polnische Gewerbe in Preußen. Aus dem Jahresbericht des Verbandes polnischer Gewerbetreibenden Preußens folgende Nachweis Beachtung: Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahre um 400 gestiegen und betragt am Ende desselben 10.907. Die Vorstände aller Zweigvereine hielten 1210, die Mitglieder 2223 Sitzungen ab. Die Einnahmen des Verbandes betragen 83.797, die Ausgaben 65.823 M. Das gesamte Vermögen beträgt 180.496 M. — Die Verbandsbibliothek umfaßt 300.056 Bände. Die Verbandszeitung "Przemysłowiec" hat 4000 Abonnenten gegen 2500 des Vorjahres.

— r. Die polnischen Parteien in Galizien. Die Polen in Galizien gliedern sich heute in nicht weniger als 13 Fraktionen, und zwar in die Krakauer Konservativen (Staniszyki), die östlichen Konservativen (Podolier), die konservativen Demokraten, die Demokraten, die Fortschrittlichen, die radikalen Demokraten, die Bürgerpartei, die beiden Gruppen der Volkspartei (Dlugosz und Staryński), den christlich-sozialen Bund, die Nationalliberalen, die Nationaldemokraten (Ullpolen) und die Sozialdemokraten. — Ausgesprochen russisch orientiert sind die Allpolen und die Nationalliberalen, während die Podolier eine unentschlossene Haltung beobachten.

— r. Als eine "Ortsfeige für das Polenland" bezeichnet der "Narodowiec" die Tatsache, daß die Stadt Herne in Westfalen trotz Proteststimmen der polnischen Stadtverbündeten dem Ostmarkenverein als korporatives Mitglied beigetreten ist. Stadt, Lenartowksi erklärte, daß die Polen, die ein Drittel der Bevölkerung Hernes bilbieren, es als eine Provokation ansehen würden, falls der Antrag des Bürgermeisters auf Beitritt zum Ostmarkenverein angenommen werden sollte. — Zu dieser naiven Dreistigkeit des Polenblattes erhält sich eine Bemerkung.

+ Verbot eines allslawischen Sokolages. Ein allslawischer Sokoltag sollte bekanntlich am 15., 16. und 17. August d. J. in Lublana in Galizien abgehalten werden. Dieser Kongress findet jedoch nicht statt. Die Polizeidirektion in Lublana hat die Abhaltung des Kongresses auf Grund des § 6 des Vereins- und Versammlungsgesetzes untersagt, indem sie sich auf die Möglichkeit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit berief. Der Ausschuss des slowenischen Sokolbundes beabsichtigt, gegen das Verbot Klage zu führen.

Sport und Jagd.

X. Trabrennen in Ruhleben. 25. Juni. 1. Preis von Charlottenburg. 1700 M. 1. Gest. Ottone Sidney Allerton (Mühlbach) 1. Gest. Germanias Prærie (Wiltshire) 2. Gest. Klein-Helles Sverber (Helmus) 3. — 2. Preis von Wilmersdorf. 2000 M. Gest. Laubenzburgs Korsar (Buckow) 1. H. Hoffenfelders Medium Crown (Ch. Mills) 2. G. Arendts Winella (W. Lemzer) 3. — 3. Preis von Schöneberg. 1800 M. Gest. Germanias Ficus I (G. Treherz) 1. W. Poetichs und F. Hegels Waldblume (Taupy) 2. G. Kretschmers Queen (Schmidt) 3. — 4. Preis von Groß-Zehlendorf. 1600 M. 1. Gest. Jakobs Vorzeige W. B. (G. Schleifer) 1. Gest. Heuchelheims Edda M. (G. Treherz) 2. Gest. Germanias Rosenstock (Wiltshire) 3. — 5. Preis von Friedenau. 2300 M. 1. Gest. Rungenhagens Dreaide (Dieffenbacher) 1. A. Simonsons Vanion Girl (Ch. Mills) 2. W. Preuslers Hans Medium (Potzky) 3.

Weitere 100 Millionen für innere Kolonisation.

Neue Anträge in der Grundteilungsgesetz-Kommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Grundteilungsgesetzes beendete am Donnerstag die erste Sitzung.

Nach einem Antrage der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums wird ein

Fonds von 50 Millionen

zur Deckung der Kosten für Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse in den Siedlungsgebieten, für Landeskulturgüter und zu

Prämien für die Ausiedlung von Landarbeitern und Beihilfen zur Beschaffung von Mietwohnungen und Bachtland für Landarbeiter eingesetzt.

Eine von nationalliberaler Seite beantragte Resolution fordert Einstellung besonderer Mittel in den nächsten Etat zur Durchführung von Bestrebungen der ländlichen Wohlfahrtspflege und Heimatpflege. Die Resolution wurde angenommen.

Der Anleihebetrag zur Gewährung von Zwischenkrediten bei Errichtung von Rentengütern wird von 75 auf 100 Millionen erhöht. In einer von den Freikonservativen beantragten Resolution fordert die Kommission, daß nicht bloß den provinziellen großen Ansiedlungsgeellschaften, sondern auch den kleineren Gesellschaften Zwischenkredite bis zu 25 Proz. des Beleihungswertes zu gewähren ist.

Telegramme.

Graf Schwerin-Löwitz.

Berlin, 16. Juni. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Schwerin-Löwitz ist soweit hergestellt, daß er bereits das Bett verlassen kann und sich voraussichtlich in den nächsten Tagen auf sein Gut in Pommern begeben darf.

Die Bestattung Bertha v. Suttner.

Gotha, 26. Juni. Bei der gestrigen Feuerbestattung von Bertha von Suttner war von jeder größeren Feier abgesehen. Die Deutsche Friedensgesellschaft war durch ihren Vorsitzenden vertreten, die österreichische durch ihren Geschäftsführer.

Das Schulschiff "Hansa" in Malmö.

Malmö, 26. Juni. Eine Anzahl Offiziere, Unteroffiziere, Kadetten und Matrosen vom deutschen Schulschiff "Hansa" waren gestern vom Kronprinzen-Husaren-Regiment zum Frühstück ins Offizierskasino geladen. An dem Frühstück nahm auch der deutsche Gesandte in Stockholm, v. Reichenau, teil. Heute waren hundert Husaren des Regiments zum Besuch auf die "Hansa" geladen.

Ein internationales Heer in Albanien?

London, 26. Juni. (Privattelegramm.) Der Wiener Korrespondent der "Daily Mail" will aus bester Quelle erfahren haben, daß die Großmächte augenscheinlich mit der Beratung eines Vorschlags beschäftigt sind, der dahin geht, die in Nordalbanien weilenden internationalen Truppen zu einer Armee zu vereinigen, die zur Unterdrückung des Aufstandes in Albanien Verwendung finden soll. Die Verantwortung für diese Nachricht muß dem genannten Blatte überlassen bleiben.

Die Regentschaft in Serbien.

Belgrad, 25. Juni. In Besprechung der gestrigen Proklamation des Königs betreffend die Übertragung der Königsgewalt auf den

Kronprinzen führt "Politika" aus: Der Gesundheitszustand gibt zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß; jedoch habe der Umstand, daß der König dauernd von unerträglichen Schmerzen befallen werde, sowie das hohe Alter des Königs und seine Erblindung infolge der großen Ereignisse der letzten 2 Jahre die Ärzte bestimmt, dem Könige vollkommene Erholung zu empfehlen. Die Dauer der Ausübung der königlichen Gewalt durch den Kronprinzen hängt von der Dauer der erforderlichen Pflege ab.

Die englischen Gäste in Petersburg.

Petersburg, 25. Juni. Die Stadtbüro gab heute den englischen Gästen ein Festmahl. Der englische Botschafter traf auf den Baron und das Stadthaupt Graf Tolstoi auf den König von England und den unvergänglichen Ruhm der englischen Flotte.

Zollfreie Kohleneinfuhr in Russland.

Petersburg, 25. Juni. Die Reichsduma hat die Vorlage, welche dem Ministerrat anheimstellt vom 17. Juli ab bis zum Ende des Jahres die zollfreie Einfuhr von Kohle aus dem Auslande für die Staats- und Privatbahnen zu gestatten, ohne Debatte angenommen.

Dauerlösung der italienischen Kammer.

Rom, 25. Juni. Die Deputiertenkammer verhandelt heute 12 Stunden lang bis abends 10 Uhr, da die Regierung auf diese Weise die Obstruktion der Sozialisten gegen die Steuervorlage zu brechen wünschte. Es kam zu lebhaften Zwischenfällen und zu heftigem Wortwechsel, der sogar in Tätlichkeiten ausartete und den Ausschluß eines republikanischen Abgeordneten bis Montag zur Folge hatte.

Neues vom Pariser Ordensschwindel.

Paris, 26. Juni. (Privattelegramm.) Der Berliner Johann Moser de Weiga, der, wie innerlich von der 10. Pariser Strafkammer vor einiger Zeit wegen Ordensschwindels zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat die Wiederaufnahme seines Prozesses betrieben und durchgesetzt. Der neue Verhandlungstermin ist auf den 3. Juli festgesetzt. Moser de Weiga stellt die Behauptung auf, daß er von den verschiedensten Staaten offiziell zum Verkauf von Orden ermächtigt sei und will zum Beweise dessen eine ganze Anzahl neuer Dokumente vorlegen, die interessante Überraschungen versprechen.

Die Pariser Postunterbeamten.

Paris, 26. Juni. 4000 Unterbeamte der Post- und Telegraphenverwaltung hielten gestern eine Versammlung ab und billigten die Haltung ihrer Kameraden. Sie erklärt sich solidarisch und einig mit jedem Vorgehen, welches die Syndikatsorganisation empfiehlt werden.

Die Dardanellen.

Bukarest, 25. Juni. In einer Blättermeldung, nach der der russische Botschafter und der rumänische Gesandte in Konstantinopel dem Großwesir erklärt hätten, die Schließung der Dardanellen in einem eventuellen türkisch-griechischen Krieg würde große Verluste für den Handel Rumäniens und Rumäniens zur Folge haben, worauf der Großwesir erwidert habe, die Dardanellen würden für die Handelsfahrt offen bleiben, bemerkt die offizielle "Indépendance Roumaine", daß die Antwort des Großwesirs noch nicht bekannt sei. Das Blatt fügt hinzu, daß Abkommen betreffend die Dardanellen beziehe sich nur auf Kriegsschiffe und nicht auf Handelsfahrt. Die Dardanellen sind das Ausgangstor für Rumäniens wie für Russland. Daraus erklärt sich der russisch-rumänische Schritt.

Theodor Roosevelt will wieder für die Präsidentschaft kandidieren.

New York, 26. Juni. (Privattelegramm.) Es kann nunmehr keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Theodor Roosevelt im Jahre 1916, in dem die Amtszeitigkeit des jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson auf Grund dieses Gesetzes ihr Ende erreicht, sich von neuem um die Präsidentschaft der Union bewerben wird. Wie jetzt bekannt wird, hat sich der ehemalige Präsident in höchst abfälliger Weise über die von Wilson und seinem Staatssekretär Bryan begolgte auswärtige Politik ausgesprochen. "Die Handhabung unserer auswärtigen Angelegenheiten durch diese Herren," erklärte Roosevelt, "hat die Vereinigten Staaten zu einer Karnevalsfigur im internationalen Konzert gemacht." Besonders scharf Wendet sich Roosevelt gegen die "südländliche" Liebenswürdigkeit, mit der die ersten Beamten der Union die auswärtigen Interessen Amerikas wahrnehmen.

Mexikanische Verluste.

New York, 25. Juni. General Villa gibt die Verluste der Bundesstruppen in der Schlacht von Zacatecas auf 4000 Tote und 2000 verwundete und seine eigenen Verluste auf 500 Tote und 600 verwundete an. Außerdem soll er 5000 Gefangene gemacht haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Juni-Juli 125,75. **Gerste** matt südruss. cfr. Juni 121,00. **Hafer** stetig, neuer Holst. u. Mecklenbg. 168-173. **Mais** matt. Amerikanischer mirec cfr. für Juni-Juli —. **Za Blata** cfr. für Juni-Juli 105,00. **Rübs** ruhig, verzielt 67,50. **Reis** ruhig, lofo 64,50, für Juli-August 56,00. — **Weiter:** teilweise bewölkt.

Hamburg, 25. Juni nachm. 2,30 Uhr. **Kaffeemarkt**. Good average Santos für September 49,00 Gd., für Dezember 49,75 Gd., für März 50,25 Gd., für Mai 50,75 Gd. Stetig.

Hamburg, 25. Juni, abends 6 Uhr. **Kaffeemarkt**. Good average Santos für September 48,50 Gd., für Dezember 49,50 Gd., für März 50,00 Gd., für Mai 50,50 Gd. Schleppend.

Oden-Pest, 25. Juni, vorm. 11 Uhr. (**Getreidemarkt**) Weizen fest, für Oktober 12,78, für April 12,91. Roggen für Okt. 9,30. Hafer für Oktober 7,67. Mais für Juli 7,49, für August 7,69, für Mai 7,31. Körnerei für August 15,15. — **Weiter:** Ruhig.

Antwerpen, 25. Juni. (**Schluss**) (**Getreidemarkt**) Weizen stetig, für Juli 19,30, für September 18,60, für Dezember 18,77. **Gerste** für September 14,32, für Dezember 14,22, für Mai 14,35.

Antwerpen, 25. Juni. **Petroleum**. Raffiniertes Type weiß, lofo 21,25 bz. Br. do. für Juni 21,25 Br. do. für Juli 21,50 Br. do. für September 21,50 Br. Ruhig.

Schmalz für Juni 127,50.

Amsterdam, 25. Juni. Java-Kaffee good ordinary 41,00.

Amsterdam, 25. Juni. Vanzaginn 85,00.

London, 25. Juni. (**Schluss**) **Standard-Kupfer** matt 60 $\frac{1}{4}$ /4.

drei Monate 60 $\frac{1}{4}$ /4.

Glasgow, 25. Juni. (**Schluss**) **Noblesse** ruhig. **Middleborough warrants** 51 $\frac{1}{2}$.

Liverpool, 25. Juni, nachm. 4,10 Uhr. **Baumwolle**. Umsatz 5,000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen.

Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen: stetig. Juni-Juli 7,23. Juli-August 7,23. August-September 7,07. September-Oktober 6,84. Oktober-November 6,75. November-Dezember 6,68. Dezember-Januar 6,66. Januar-Februar 6,66. Februar-März 6,67. März-April 6,69.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 25. Juni. (**Schluss-Kurze**) 31 $\frac{1}{4}$ prozent. Schlesische Pfandbriefe Lit. A. 87,80. 4proz. Poln. Pfandbriefe (4proz. Couponsteuer) 80,00. Bresl. Diskontobank-Akt. —. Schles. Banku. Aktien 151,75. Archimedes-Aktien 122,25. Bresl. Sprit.-Akt.-Gef.-Akt. 443,00. Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 153,00. Donnersmarckslüsse-Aktien 330,00. Eisenhütte Silesia Akt.-Gef.-Aktien 116,00. Hohenlohe-Werke Akt.-Gef.-Aktien 105,00. Kattowitz Bergbau-Aktien 212,00. Königsw.- und Laurahütte-Aktien 148,00. Niederschles. Elektro- und Kleinbahnen-Aktien 153,50. Oberschles. Eisenbahnbetriebs-Akt. 88,80. Oberösl. Eisen-industrie-Aktien 78,00. Oberschles. Kotsch. Chem. Fabr.-Aktien 207,50. Oberösl. Portland-Zement-Akt. 156,50. Oppelner Zement (Grundmann) Akt. 153,00. Portland-Zement (Giebel) Akt. 152,50. Schles. Elektro- und Gas Lit. A. Akt. 181,00. Schles. Elektro- u. Gas Lit. B. Akt. 178,00. Schles. Leinenindustrie Kratitz Akt. 111,00. Schles. Zement (Großschwitz) Akt. 157,00. Schles. Zinshütten-Aktien 345,00. Silesia Verein. chem. Fabr.-Aktien 170,00. Verein Freiburger Uhrenfabriken 120,50. Rümpter Zundersfabrik-Aktien 138,00. Russische Banknoten 214,00. Still.

Frankfurt a. M., 25. Juni, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3prozent. Reichsanleihe 76,95. 3proz. Hessische Staatsrente 74,75. 4proz. Österr. Goldrente 85,10. 4proz. Österr. einf. Rente fdb. in Kronen 80,30. 3proz. Rott. unif. Akt. 3. Serie —. 4proz. Rumänier amort. Akt. 93,99. 4proz. Russ. Rott. Akt. von 1880 —. 4proz. Russ. Akt. 92,89,50. 4prozent. Serbische amort. Rente 95,70. 4proz. Türk. Rott. unif. Akt. 93,82,20. 4proz. Türk. 400-Francs-Lope ult. 162,00. 4proz. ung. Goldr. 80,60. 4proz. ung. Staatsrente in Kronen 79,30. 4proz. Mex. äußere Aktien 85,00. Berl. Handelsgef. ult. 150,00. Darmstädter Bank ult. 115,75. Deutsche Bank ult. 236,40. Diskonto-Kommandit 184,50. Dresd. Bank ult. 147,75. Mittelb. Kreditbank 115,50. Nationalb. f. Deutschland 109 $\frac{1}{4}$. Österr. Kredit ult. 189 $\frac{1}{4}$. Reichsb. 126,00. Schafff. Bankverein 107,50. Österr. ung. Staatsb. ult. 150 $\frac{1}{4}$. Österr. Südbahn (Lomb.) ult. 17 $\frac{1}{4}$. Ital.

Deutsche Anleihen.

	Dt. Hyp.-Pfb. VII	4	95,50 G.	Pr. Pfb. abg. 1905	3 $\frac{1}{2}$	87,50 G.	Macedonier Prior	3	61,00 G.	Industrie-Aktien u. St.-Pr.	Nörting Gebr.	8	116,50 bz.	
Reichs- schah-	p. 1. 8. 14 4	100,10 G.		Pr. Pfb. abg. 1905	3 $\frac{1}{2}$	85,80 bz.	Österr. Südb.-Pr.	2,60	50,70 G.	Hugger Brauerei	8 $\frac{1}{2}$	138,80 B.	18	235,00 bz.
scheine	p. 1. 4. 15 4	100,25 G.		XIX	4	96,50 bz.	Trehuantepec Nat.	5	—	Sinner Brauerei	14	233,50 G.	8	148,00 bz.
Pr. Schah	p. 1. 5. 16 4	100,10 G.		1900	4	94,50 bz.	Gr. Russ. Staats-	11	224,00 bz.	Leopoldsh. chem.	4	87,00 bz.	5	107,00 G.
	p. 1. 5. 16 4	100,25 G.		1910	4	95,00 bz.	bahn-Prior.	3	—	Frankfurter fom.	7	122,75 G.	18	302,50 bz.
Deutsche Reichsanl.	3 $\frac{1}{2}$	86,40 bz.		1908	3 $\frac{1}{2}$	84,00 G.	Kurst.-Krem.	4	85,50 G.	Adler Portl.-Bmt.	6	102,50 G.	38	499,00 G.
	3	77,00 G.		Meissl Hyp. 1909	4	93,80 G.	Most.-Kiew. Wrb.	unl. 1909	4 $\frac{1}{2}$	93,80 bz.	München Brau.	7	111,50 G.	115,37.
Pr. Ion. St.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	86,40 bz.		1908	3 $\frac{1}{2}$	83,25 G.	Most.-Rjajan	4	85,90 G.	Wied. K. Koppel	—	218,00 bz.	218,00 bz.	
	3	77,10 bz.		Meiningen II, VI, VII	4	94,60 bz.	Smolensk	4	84,30 G.	Annaburg. Sigt.	7	118,50 G.	8	109,90 bz.
Pr. Ion. St.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	86,40 bz.		Vonb.	3 $\frac{1}{2}$	86,00 G.	Wbd.-Rybst.	4	84,30 G.	Baer u. Stein	30	402,00 G.	4	87,30 bz.
	3	77,10 bz.		Prägn.	4	142,00 G.	Rjaf. Kołozow	4	84,25 bz.	Metall	30	402,00 G.	0	77,75 bz.
Bad. Staats-Anl.	4	97,60 G.		Nordb. Grundbr. III	4	93,40 G.	Uralst.	4	84,75 bz.	Bendir. Holzard.	—	40,25 G.	17	207,75 bz.
Bayr. Staats-Anl.	4	98,60 G.		VII	3 $\frac{1}{2}$	83,50 G.	Uralst. 1897	4	84,75 bz.	Ob. Pril.-Bem.	9	132,00 bz.	8	156,25 G.
Bremer Anleihe	3 $\frac{1}{2}$	84,50 bz.		Pr. Boden 1917	4	94,30 bz.	Rj. -Sib. -Pr.	4	84,30 bz.	Drenstein u. Koppel	—	156,25 bz.	—	—
Dt. Pfdb.-A. Pos.	4	96,80 G.		1913	4	94,70 G.	Rubinst.-Volog.	4	84,50 bz.	Transstaufaser Pr	3	72,60 bz.	10	150,75 G.
Hess. St.-Anl. v. 99	4	97,60 G.		1916	4	94,70 bz.	Wladislaw. 09	4	—	Wreslau-Wien	4	—	10	150,75 G.
Hamb. Staats-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	86,10 G.		1911	3 $\frac{1}{2}$	86,10 bz.	unt. 1912	4 $\frac{1}{2}$	95,20 B.	Wladislaw. 1913	4 $\frac{1}{2}$	95,20 B.	1	121,75 bz.
	amort. 1900	4		Bodk.-Pfbr.	3 $\frac{1}{2}$	87,80 G.	1913	4 $\frac{1}{2}$	95,20 B.	Refund	4	69,25 bz.	1	121,75 bz.
Lübecker Anleihe	3 $\frac{1}{2}$	87,00 G.		Pr. Bent.-Bod.-Pf.	3 $\frac{1}{2}$	94,00 bz.								
Berl. Staats-Öblig.	3 $\frac{1}{2}$	97,80 G.		1890	1. 4. 1. 10. 4	94,10 bz.								
Östpr. Pr.-Öbl. 8-9	4	93,25 G.		Pr. Bent.-Bod.-Pf.	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
Poser. Pr. Pr. Anl.	4	93,00 bz.		1909	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
Pos. St.-Anl. I-III	3 $\frac{1}{2}$	88,20 G.		Pr. Bent.-Bod.-Pf.	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
	3 $\frac{1}{2}$	84,80 G.		1910	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
	3 $\frac{1}{2}$	95,10 G.		Pr. Bent.-Bod.-Pf.	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
Landsch. Bentr.	4	94,50 bz.		1910	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
	3 $\frac{1}{2}$	86,70 G.		Pr. Bent.-Bod.-Pf.	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
	3 $\frac{1}{2}$	77,00 G.		1916	1. 1. 1. 7. 4	93,90 bz.								
	3 $\frac{1}{2}$	85,00 G.		Pr. Bent.-Bod.-Pf.	1. 1. 1. 7. 4	93,90 bz.								
Ostpreußische	3 $\frac{1}{2}$	87,20 G.		1917	1. 1. 1. 7. 4	94,30 bz.								
Pommersche	3 $\frac{1}{2}$	76,00 G.		1917	1. 1. 1. 7. 4	94,70 bz.								
Posen-sche alte	4	99,80 G.		1917	1. 1. 1. 7. 4	94,70 bz.								
D.	4	94,75 G.		1919	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
E.	4	94,75 G.		1919	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
Lit. C.	3 $\frac{1}{2}$	91,00 bz.		1919	1. 1. 1. 7. 4	94,00 bz.								
A.	3 $\frac{1}{2}$													